

Außerkraftsetzung rechtswidriger Maßnahmen.

Die Neufassung des Infektionsschutzgesetzes vom 1.01.2001, welche die schizophrenen und geschäftsunfähigen Personen am 22.11.2021 für rechtskräftig erklärten in Anlehnung an die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28.02.1933, stellt einen Versuch dar, dem Rechtsbruch einen Anschein des Rechts zu verleihen und damit ihre Wähler sowie ihre Nichtwähler zu täuschen. Wie die Verordnung vom 28.02.1933 nur als Vorwand diente, um die bis dato gültige Rechtsordnung auszusetzen und an ihrer Stelle Willkür einzusetzen, Recht mit Unrecht auszutauschen, so auch die Neufassung des Infektionsschutzgesetzes vom 22.11.2021 ist die Fortsetzung des Ausnahmezustandes, in dem das Begehen unerlaubter Handlungen zum Hauptmotiv und zum Bestandteil des Ordnungswahns geworden ist, der als legitimes politisches System in kranken Köpfen der Täter erscheint und als solches der Öffentlichkeit präsentiert wird. In Wirklichkeit handelt es sich um verzweifelte, aber vergebliche Versuche der Schizophrenen, ihr Wahnsystem (den Ordnungswahn) zu retten.

Die Hooligans erklärten sich zu Präsidenten und Ministerpräsidenten, um mit allen, allerdings unerlaubten Mitteln, zu lügen, zu betrügen, und Krieg gegen Bevölkerung zu führen. Wie 1933 ist auch heute die böswillige Absicht psychopathischer Täter, die Bürger zu schikanieren, sie willkürlich zu bestrafen und zu disziplinieren, und eine Hexenjagd zu entfachen. Die bis zur Handgreiflichkeit gehende Gewalt der Übeltäter, die an ihre Straflosigkeit fest glauben, entlädt sich an Frauen und Kinder, wie ich erfuhr, aber nicht nur an ihnen, sondern an allen, die mit der Willkür und Verlust ihrer Rechte nicht einverstanden sind. {1-2}

Frank-Walter Steinmeier wurde bereits zum Tode verurteilt {3}, aber weil bisher nicht hingerichtet, verleiht er weiterhin den Deutschen Zukunftspreis an akademische Verbrecher {4}, die in Komplizenschaft mit parteipolitischen Hooligans die Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen. {5-6}

Bei dem Infektionsschutzgesetz und anderen rechtswidrigen Maßnahmen handelt es sich um Kriegshandlungen, die strafbar im Sinne von Nürnberger Prinzipien des Rechts sind. Bereits ist die Benennung des Vorhabens als Infektionsschutzgesetz unsinnig: Soll man etwa die Infektion schützen oder doch die Mensch vor einer Infektion oder vielleicht die Infektion vorbeugen? Die Verfasser haben weder Ahnung in wissenschaftlichen Fragen noch zeigen sie irgendwelche Kompetenz in der Logik. Es ist bereits erwiesen, daß weder das Tragen der Masken noch die Ausgangssperren (lockdowns) noch die Impfung mit gefälschten Vakzinen vor einer Infektion schützen, und die geimpfte Personen genauso gefährdet sind wie die übrigen {7-9}, wobei gerade das Impfen einen erheblichen Gefahr für die Gesundheit darstellt {10-12}. Darüber hinaus sind die Zahlen zu angeblicher Pandemie gefälscht, weil eine Infektion nicht gleich eine Krankheit bedeutet, und weil die Todesursachen vermutlicher Opfer der CoViD-19 zum überwiegenden Anteil nicht Coronavirus sondern verschiedene Vorerkrankungen der Verstorbenen sind. {13-14}

Also, es handelt sich offensichtlich nicht um die Maßnahmen zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit, sondern um Totalterror und Totalüberwachung der Bevölkerung mit technischen Mitteln zwecks Verhaltenskontrolle und Gleichschaltung ihres Lebens und Sicherung der Machtansprüche schizophrener Täter mit solchen rechtswidrigen Methoden. Sie mit Maßnahmen zwecks Selbsthilfe, Selbstversorgung, Abwehr der Gefahren im Sinne von Paragraphen 226, 227, 229, 230 BGB zu rechtfertigen ist unangemessen und irreführend.

Gemäß angeordneter rechtlicher Betreuung {15} und Paragraph 182 BGB bedürfen jegliche Rechtsgeschäfte geschäftsunfähiger Personen der Zustimmung und Genehmigung ihres Betreuers. Ich stimme der Inkraftsetzung der Neufassung des Infektionsschutzgesetzes und allen daraus abgeleiteten rechtswidrigen Maßnahmen sowie der Verleihung des Deutschen Zukunftspreis an Uğur Şahin, Özlem TÜreci, Christoph Huber und Katalin Karikó nicht zu, hebe jegliche Ausgangssperren (lockdowns) auf, und verbiete unter Androhung der Anwendung der Todesstrafe bei der Mißachtung des Verbots die Ausübung der Gewalt und des Unrechts in besagtem Zusammenhang. {16}



Dr. Andrej Poleev
Berlin, 24.11.2021.

Referenzen.

1. Beschluß im Verfahren gegen Marina Hippler und Emily Perez Selveira.

<http://constitution.fund/judgments/Hippler.pdf>

2. Anordnung der Maßnahmen im Strafverfahren gegen geschäftsunfähige Personen.

<http://constitution.fund/judgments/Hirsch.pdf>

3. Urteil im Strafprozess gegen Frank-Walter Steinmeier.

<http://constitution.fund/judgments/Urteil.pdf>

4. Bundespräsident verleiht Deutschen Zukunftspreis an BioNTech-Forscher am 17. November 2021.

<https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/11/211117-DZP-Gewinner.html>

5. Maßnahmen nach Verbot und Auflösung politischer Parteien.

<http://constitution.fund/indictments/Parteien.pdf>

6. Urteil im Wilhelmstraße–Strafprozess.

<http://constitution.fund/judgments/execution.pdf>

7. Singanayagam, A. et al. Community transmission and viral load kinetics of the SARS-CoV-2 delta (B.1.617.2) variant in vaccinated and unvaccinated individuals in the UK: a prospective, longitudinal, cohort study. The Lancet, October 29, 2021.

[https://www.thelancet.com/journals/laninf/article/PIIS1473-3099\(21\)00648-4/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/laninf/article/PIIS1473-3099(21)00648-4/fulltext)

8. Noah Kojima, Jeffrey D Klausner. Protective immunity after recovery from SARS-CoV-2 infection. The Lancet, November 08, 2021.

[https://www.thelancet.com/journals/laninf/article/PIIS1473-3099\(21\)00676-9/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/laninf/article/PIIS1473-3099(21)00676-9/fulltext)

9. Polizeipräsidentin Barbara Slowik (55) ist trotz doppelter Impfung an Corona erkrankt.

<https://www.bz-berlin.de/berlin/polizeipraesidentin-barbara-slowik-an-corona-erkrankt>

10. Entlassungsschreiben und Verordnung der Behandlung von Personen, die an CoViD-19 erkrankt sind.

<http://constitution.fund/letters/CoViD.pdf>

11. <https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/?term=Pfizer%E2%80%93BioNTech&sort=pubdate>

12. Ebinger JE et al. Symptomology following mRNA vaccination against SARS-CoV-2. Prev Med. 2021 Dec;153:106860.

<https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/34687733/>

13. Out of Control. America's losing battle against diabetes. Reuters, Aug. 12, 2021.

<https://www.reuters.com/investigates/special-report/usa-diabetes-covid/>

14. Characteristics of Persons Who Died with COVID-19 — United States, February 12–May 18, 2020, in the CDC's Morbidity and Mortality Weekly Report, July 17, 2020.

<https://www.cdc.gov/mmwr/volumes/69/wr/mm6928e1.htm>

15. Auflösung der Bundesrepublik Deutschland und Anordnung einer rechtlichen Betreuung.

<http://constitution.fund/letters/Konkurs.pdf>

16. Verordnung der Maßnahmen zur Entnazifizierung auf dem geographischen Gebiet aufgelöster Bundesrepublik Deutschland.

<http://constitution.fund/judgments/Entnazifizierung.pdf>

Berliner Verkehrsbetriebe
Holzmarktstraße 15-17
10179 Berlin

25.11.2021

Der Auftrag der BVG, der Deutschen Bahn, und anderer Reiseunternehmen ist die Beförderung der Reisenden zu ihren Reisezielen in Übereinstimmung mit rechtlichen Bestimmungen, die u.a. in Paragraph 242 BGB erläutert sind. Sie zu schikanieren, zu beleidigen, zu nötigen, zu mißhandeln und auszurauben ist gemäß Paragraphen 138, 226, 241, 241a BGB unerlaubt. Ich fordere das Personal aller Reiseunternehmen und alle Dienstleistende auf, das Begehen unerlaubter Handlungen zu unterlassen. Insbesondere dürfen keine Kontrollen der Fahrscheine, der 3G-Ausweise, das Tragen der Masken, und keine andere unerlaubte Handlungen vorgenommen werden, die gegen rechtliche Bestimmungen verstoßen {1-2}. Jede Mißachtung erklärter Rechtsordnung wird nach den Nürnberger Prinzipien des Rechts geahndet.



Dr. Andrej Poleev

Referenzen.

1. Nichtigkeitserklärung der Zahlungsaufforderung und Verbot der Fahrscheinkontrollen.

<http://constitution.fund/judgments/defeasance.pdf>

2. Außerkraftsetzung rechtswidriger Maßnahmen.

<http://constitution.fund/judgments/Aufhebung.pdf>

Herausgabebeschuß.

Aufgrund des Begehens unerlaubter Handlungen, u.a. Betrug durch die Irreführung der öffentlichen Meinung zwecks eigennütziger Bereicherung, vorsätzliche Schädigung des Lebens, der Körper, der Gesundheit, der Freiheit {1-2}, sind die Betreiber und Förderer der BioNTech SE, An der Goldgrube 12 in Mainz gemäß Paragraphen 812, 823, 826 BGB zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Mit Verweis auf rechtliche Bestimmungen und Kraft meiner Ämter löse ich BioNTech SE auf, erkläre ihre Betreiber und Förderer für geschäftsunfähig im Sinne und gemäß Paragraph 104 BGB, und beschlagnahme ihr gesamtes Vermögen, das an die Stiftung für die Errichtung konstitutioneller Ordnung übergeht.

Die Verweigerung der Herausgabe beschlagnahmtes Vermögens wird nach den Nürnberger Prinzipien des Rechts geahndet.



Dr. Andrej Poleev
Berlin, 25.11.2021.

Referenzen.

1. Entlassungsschreiben und Verordnung der Behandlung von Personen, die an CoViD-19 erkrankt sind.

<http://constitution.fund/letters/CoViD.pdf>

2. Außerkraftsetzung rechtswidriger Maßnahmen.

<http://constitution.fund/judgments/Aufhebung.pdf>